



Bearbeitung: Maria Pristawik (E-Mail: maria.pristawik@luebeck.de Telefon: 122-1177)

Ausschreibungstext der Planstelle der Leitung des Bereiches Jugendarbeit

Es ist beabsichtigt, die Planstelle des Bereiches Jugendarbeit – Jugendamt zur Wiederbesetzung extern auszuschreiben.

Die derzeitige Bereichsleiterin Frau Birgit Reichel hat ihr Beschäftigungsverhältnis mit Ablauf des 31.12.2024 gekündigt.

Für die Abberufung der derzeitigen Bereichsleiterin Frau Birgit Reichel als Bereichsleitung wird dem Hauptausschuss zur gegebener Zeit noch eine entsprechende Vorlage vorgelegt.

Folgender Ausschreibungstext ist für die Leitung des Bereiches Jugendarbeit – Jugendamt vorgesehen:

Die Hansestadt Lübeck bietet als Oberzentrum in der Metropolregion Hamburg mit einer Bevölkerung von 222.000 Menschen eine überaus hohe Lebensqualität. Die für ihre Kirchen, Backsteingotik und Geschichte berühmte Altstadt gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe. Zugleich profiliert sich die Stadt mit einer vielfältigen Kunst- und Kulturszene sowie ihrer attraktiven Lage an der Ostsee als starker Tourismusmagnet. Der Port of Lübeck stellt ein Tor des Außenhandels in den Ostseeraum dar, die Stadt ist Standort dreier europaweit profilierter Hochschulen mit einem Universitätsklinikum und bietet mit ihrem ausgeprägten Fokus auf Nachhaltigkeit wie auch als Smart City eine riesige Bandbreite an Aufgaben und Möglichkeiten.

Wir suchen für unseren Bereich Jugendarbeit - Jugendamt zum 01.10.2024 eine

Bereichsleitung Jugendarbeit - Jugendamt

Der Bereich Jugendarbeit – Jugendamt nimmt für die Hansestadt Lübeck als örtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Gesamt- und Planungsverantwortung sowie die Durchführung unten genannter Leistungen und Angebote wahr. Der Bereich zeichnet sich durch eine hohe Dynamik in seinen Aufgabenfeldern und bei seinen Zielgruppen aus. Ansätze der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung stehen im Zentrum der fachlichen und konzeptionellen Arbeit. Der Bereich verfügt über rund 50 Mitarbeitenden bei der Hansestadt Lübeck sowie ein Gesamtbudget von knapp 10 Millionen Euro. Folgende Leistungsfelder sind dem Bereich zugeordnet:

- 17 Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (davon 7 in städtischer Trägerschaft) nach § 11 SGB VIII
- Team Jugendhilfe der Jugendberufsagentur Lübeck nach § 13 SGB VIII
- Aufsuchende Jugendsozialarbeit (Streetwork) nach § 13 SGB VIII
- Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz nach § 14 SGB VIII

- Kinder- und Jugendbeteiligung (Fachstelle) in Ausführung des § 47f Gemeindeordnung Schleswig-Holstein
- Landes- und Bundesförderprogramme, u.a. „Demokratie Leben!“
- Gemeinwesenarbeit als niedrigschwelliges Angebot sozialer Arbeit in fünf Nachbarschaftsbüros in kommunaler Trägerschaft
- Geschäftsführung des Kommunalen Rates für Prävention Lübeck

Der Bereichsleitung obliegen folgende Aufgaben:

- Leitung des Bereichs mit Produkt-, Budget- und Personalverantwortung
- strategische Ausrichtung und konzeptionelle Weiterentwicklung der benannten Leistungsfelder sowie Steuerung der operativen Aufgabenwahrnehmung vor dem Hintergrund der gesetzlichen Grundlagen und der Haushaltsvorgaben
- Wahrnehmung der Verantwortung für die Organisationsentwicklung. Das schließt Maßnahmen der Prozessgestaltung, der Digitalisierung und des Change-Managements ein
- Personalmanagement mit Steuerung der Personalplanung, -Personalgewinnung, Personaleinsatz und Personalentwicklung
- Haushaltsplanung und Finanzmanagement (im Rahmen der einer Bereichsleitung übertragenen Befugnisse)
- Vertretung des Bereiches innerhalb und außerhalb der Hansestadt Lübeck einschließlich in den politischen Gremien
- Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe sowie den überörtlichen Trägern der Jugendhilfe, den Verbänden und Arbeitsgruppen
- Verantwortliche Steuerung der bereichsbezogenen Jugendhilfeplanung und konstruktive Mitwirkung bei einer bereichsübergreifenden Zusammenarbeit in der Sozial- und Jugendhilfeplanung
- Gestaltung der Kooperation mit anderen Rechtskreisen (u.a. Schule, Schulamt, Gesundheitsamt, Agentur für Arbeit, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Justizbehörden)

Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieser Aufgabe sind

- ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Diplom, Magister, Master) der Fachrichtung Pädagogik, Erziehungswissenschaften, Soziale Arbeit oder Sozialmanagement
Alternativ:
- eine vergleichbare Qualifikation sowie gleichwertige Fähigkeiten und berufliche Erfahrungen im Sinne der Entgeltordnung zum TVöD VKA und des § 72 SGB VIII
- mehrjährige Berufserfahrung in mindestens einem der benannten Aufgabenfelder des Bereiches und vertiefte Kenntnisse des Kinder- und Jugendhilferechtes
- mehrjährige Leitungserfahrung einer größeren Organisationseinheit in Verbindung mit Fortbildungen zur Wahrnehmung von Personalverantwortung
- Nachgewiesene Kenntnisse und idealerweise praktische Erfahrungen im Finanz- und Qualitätsmanagement sowie der Organisations- und Personalentwicklung
- strategisches und analytisches Denken, welches Sie in die Lage versetzt, Ihre Aufgaben selbständig ziel- und ergebnisorientiert zu erfüllen, sowie die Fähigkeit, fachliche Konzepte in die operative Leistungserbringung und organisatorischen Abläufe zu übersetzen
- ausgesprochene Belastbarkeit, Einsatz- und Entscheidungsfreude und die Bereitschaft bei Bedarf auch Dienst außerhalb der üblichen Dienstzeiten zu verrichten
- Fähigkeit zu argumentieren, zu präsentieren und zu moderieren
- ein hohes Maß an Kommunikations- und Konfliktfähigkeit, sowie Kooperationsbereitschaft, Delegations- und Umsetzungscompetenz
- Kenntnisse im Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien

Erwünscht und bei der Auswahl von Vorteil sind:

- ein dialogorientierter Führungsstil, der den Besonderheiten des Arbeitsfeldes angemessen ist
- Kenntnis der Organisations- und Entscheidungsstrukturen in der öffentlichen Verwaltung
- Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit politischen Gremien
- Flexibilität und Innovationsbereitschaft in Verbindung mit Kenntnissen oder Erfahrungen im Changemanagement sowie die Fähigkeit und Bereitschaft, in einer dynamischen Verwaltung die Aufgabenwahrnehmung im geleiteten Bereich voranzutreiben

Geboten werden:

- eine vielseitige, verantwortungsvolle und bedeutungsvolle Tätigkeit in einem sich wandelndem Umfeld. Wir wollen den Standort Lübeck und die Verwaltung modern, digital und bürgerfreundlich ausrichten
- ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis und die Leistungen des öffentlichen Dienstes (z. B. 30 Tage Jahresurlaub, Sonderzahlung, betriebliche Altersversorgung für Tarifbeschäftigte)
- zur Förderung der autofreien Mobilität gewährt die Hansestadt Lübeck einen monatlichen Mobilitätszuschuss für die Mitarbeitenden.
- fachspezifische Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- ein Arbeitsplatz mit flexibler Arbeitszeitgestaltung im Rahmen der dienstlichen Erfordernisse

Die Hansestadt Lübeck bereitet einen Prozess vor, im Zuge dessen die Aufgabenwahrnehmung sowie die diesbezügliche Aufbau- und Ablauforganisation in den dem Jugendamt angehörenden städtischen Bereichen ausgehend von Vorgaben des SGB VIII / KJSG überprüft werden soll. Im Zuge dessen kann es künftig zu Änderungen in der organisatorischen Zuordnung des Bereichs kommen, dessen Leitung hier zu besetzen ist. Der Prozess wird unter Einbeziehung der Fach- und Führungskräfte durchgeführt, kann also von der/dem künftigen Stelleninhaber:in mitgestaltet werden.

Die durchschnittliche regelmäßige Wochenarbeitszeit beträgt 39 Stunden; die Aufgaben sind bewertet nach Entgeltgruppe EG14 TVöD. Darüber hinaus wird Tarifbeschäftigten eine betriebliche Altersversorgung angeboten.

Die Stelle kann ggf. auch mit reduziertem wöchentlichen Stundenumfang wahrgenommen werden; die Delegation von Teilaufgaben obliegt dem/der künftigen Stelleninhaber:in. Nicht delegierbar ist die Produkt- und Personalverantwortung, die vollumfänglich wahrzunehmen ist. Erwartet wird die Bereitschaft, gelegentlich in den Abendstunden oder am Wochenende dienstliche Termine wahrzunehmen.

Gerne können sich auch Beamt:innen bewerben. Bei einem Zuschlag ist die Bewertung der Aufgaben erforderlich. Die gesetzlichen Vorschriften (z.B. zum Laufbahnrecht und zur Stellenrelation) sind zu beachten.

Die Hansestadt Lübeck verfolgt das Ziel der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern auf der Grundlage des Frauenförderplans.

Bei sonst gleicher Eignung werden schwerbehinderte Bewerber:innen bevorzugt berücksichtigt.

Die Hansestadt Lübeck ist bemüht, das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter:innen zu fördern. Erfahrungen und Fähigkeiten aus ehrenamtlicher Tätigkeit, die als Qualifikation anhand des Stellenanforderungsprofils von Bedeutung sind, werden bei der Stellenbesetzung berücksichtigt.

Ausdrücklich begrüßen wir es, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund bei uns bewerben.

Bitte bewerben Sie sich bis zum **21. Juli 2024** über das Karriereportal der Hansestadt Lübeck (www.luebeck.de/jobs) unter der Kennziffer K 181 / 2024.

Die Vorstellungsgespräche finden voraussichtlich in der 32. Kalenderwoche statt.

Von Bewerbungen auf dem Postweg oder per E-Mail bitten wir abzusehen. Bewerbungen, die auf dem Postweg bei uns eingehen, werden nach Abschluss des Verfahrens aus Gründen des Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen Kosten nicht zurückgesandt.

Da es sich bei dieser Stelle um eine Führungsposition handelt, in der in einem gewissen Umfang aufgrund dezentraler Ressourcenverantwortung für unterstellte Mitarbeiter: innen statusrechtliche Entscheidungen zu treffen sind, ist die Personalvertretung gem. § 51 Abs. 4 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein nur auf Antrag der Bewerberin / des Bewerbers zu beteiligen. Daher bitten wir darum, gleichzeitig mit Ihrer Bewerbung die Beteiligung der Personalvertretung zu beantragen, sofern Sie diese wünschen.

Als Ansprechpartnerin für fachbezogene Fragen steht Ihnen Frau Senatorin Frank, Telefon 0451 / 122 - 4000, in personalwirtschaftlichen Angelegenheiten Frau Pristawik, Telefon 0451 / 122 - 1177 zur Verfügung.

Die Entscheidung über die Besetzung der Planstelle trifft entsprechend der Hauptsatzung der Hauptausschuss der Hansestadt Lübeck